



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

KLIMA SCHÜTZEN & WIRTSCHAFT STÄRKEN

Vorschlag für eine Allianz von
Gesellschaft, Wirtschaft und
Staat für Klimaneutralität und
Wohlstand

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Stand

September 2020

Gestaltung

PRpetuum GmbH, 80801 München

Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Vorbemerkung



Als Bundesminister für Wirtschaft und Energie fühle ich mich dem Anliegen einer starken, wettbewerbsfähigen und erfolgreichen deutschen Wirtschaft in besonderer Weise verpflichtet.

Dafür arbeite ich mit aller Kraft, gerade auch unter den Bedingungen der andauernden Corona-Pandemie. Nur wenn es gelingt, die Substanz unserer Wirtschaft einschließlich ihrer mittelständischen Struktur und ihrer hervorragend qualifizierten Arbeitnehmerschaft zu sichern und auszubauen, wird es gelingen, das deutsche und europäische Demokratie-, Wohlstands- und Sozialmodell dauerhaft zu erhalten.

Spätestens seit meiner Amtszeit als Bundesminister für Umwelt und Reaktorsicherheit bin ich zudem überzeugt, dass wirksamer Klimaschutz und wirtschaftlicher Wohlstand kein Gegensatz sein dürfen, sondern einander wechselseitig bedingen. Deshalb dürfen

wir beide Ziele nicht gegeneinander ausspielen, sondern müssen nach Wegen suchen, sie in überzeugender Weise miteinander verbinden und stärken.

Daraus ist für mich schon seit längerem der Gedanke einer notwendigen **Versöhnung von Klimaschutz und Wirtschaft** entstanden. Dies erfordert die Bereitschaft, alte Feindbilder und Gräben zu überwinden und über den eigenen Schatten zu springen. Nur so, davon bin ich überzeugt, werden wir diese überragend wichtigen Ziele erreichen und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft bewahren.

Die nachfolgenden Ausführungen und Vorschläge sind mein Beitrag zur wichtigsten Debatte unserer Zeit. Er soll in den nächsten Monaten zu konkreten Festlegungen und Entscheidungen führen und damit in beiden Bereichen eine neue Zuversicht vermitteln.

Berlin, 11. September 2020

A stylized, handwritten signature in blue ink, consisting of several fluid, connected strokes.

Peter Altmaier
Bundesminister für Wirtschaft und Energie

Klimaschutz als zentrale Aufgabe unserer Generation

Wir wissen seit mehr als drei Jahrzehnten, dass wir mit fortschreitendem Klimawandel einer globalen ökologischen Katastrophe entgegengehen.

Seit dem Beginn des Zeitalters der Industrialisierung sind die weltweiten Emissionen von CO₂ aus fossilen Quellen rasant gestiegen – und sie steigen scheinbar unaufhaltsam weiter.

Wenn es nicht gelingt, die globale Erderwärmung auf maximal 1,5 bis 2 Grad zu begrenzen, wird dies existenzielle Folgen für unsere Ökosphäre und für die gesamte Menschheit haben. Diese Erkenntnis ist gesichert, sie wird von der übergroßen Mehrheit von Wissenschaftlern und Verantwortlichen weltweit geteilt und kann mit rationalen Argumenten nicht bestritten werden.

Das Zeitfenster, innerhalb dessen eine solche Begrenzung der Erderwärmung noch möglich ist, ist nicht beliebig groß, sondern wird sich in den kommenden Jahren schließen. Auch wenn niemand mit letzter Gewissheit voraussehen kann, wieviele Jahre oder Jahrzehnte hierfür noch verbleiben, ist der Handlungsdruck enorm. Anderenfalls zerstören wir unwiederbringlich die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder, und die aller nachfolgenden Generationen.

Bis heute hat es zwar in vielen Ländern wirksame Maßnahmen gegeben: In Deutschland ist es zum Beispiel gelungen, den CO₂-Ausstoß seit 1990 um über 35 Prozent zu reduzieren, bei gleichzeitig stark gewachsener Wirtschaftsleistung. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch ist auf rund 50 Prozent gestiegen.

Wir müssen jedoch selbstkritisch einräumen, dass alle Erfolge zusammen längst nicht ausreichen, um das Ziel einer rechtzeitigen und ausreichenden Begrenzung der Erderwärmung zu erreichen. Immer wieder wurde wertvolle Zeit verloren, weil klimapolitische Notwendigkeiten durch tagesaktuelle Ereignisse und Erfordernisse in den Hintergrund traten. Viele Entscheidungen kamen zu spät oder waren zu zögerlich. Auch die schlussendliche erfolgreiche Verabschiedung des Pariser Klimaschutzabkommens nach vielen und langen Jahren des Verhandeln hat daran nichts Grundlegendes geändert. So haben wir das Vertrauen vieler Menschen und weiter Teile unserer jungen Generation enttäuscht und verloren.

In dieser bedrückenden Situation hat sich die Europäische Union entschieden, mit dem sogenannten Green Deal einen großen Neuanfang in der Klimapolitik zu wagen. Europa wird nicht länger warten, bis andere vergleichbare Industrieregionen sich unserem Vorgehen anschließen. Wir haben uns dem Ziel einer weitgehenden Klimaneutralität bis 2050 verpflichtet und müssen nun die Voraussetzungen schaffen, damit dieses Ziel auch tatsächlich erreicht werden kann.

Dies erfordert mehr als nur partielle Korrekturen bisheriger Politik. Wir haben das Vertrauen so vieler junger Menschen auch deshalb verloren, weil wir nicht imstande waren, drei ihrer wichtigsten Fragen zu beantworten:

- Werden wir das Ziel der weitgehenden Klimaneutralität für die Europäische Union bis spätestens 2050 tatsächlich, sicher und zuverlässig erreichen? Welche Garantien gibt es dafür, und in welchen konkreten Schritten wird dies erfolgen?

- Werden wir damit das überragend wichtige Ziel einer weltweiten Begrenzung des Temperaturanstiegs erreichen, indem sich andere Weltregionen unserem Beispiel und Vorgehen anschließen?
- Wie kann es sein, dass das Anliegen des Klimaschutzes scheinbar immer wieder anderen Notwendigkeiten untergeordnet wird?

Als politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich Verantwortliche dürfen wir nicht zulassen, dass auch dieser neue Anlauf versandet oder scheitert.

Deshalb müssen wir bereit sein, Klimaschutz als die zentrale Herausforderung unserer Generation zu begreifen und entsprechend zu handeln. Transparent und nachvollziehbar.

Bislang gibt es in Deutschland gute Konzepte zur Erreichung der bisherigen Etappenziele für 2030. Darauf können wir aufbauen. Aber wir müssen erkennen, dass wir mit dem Green Deal vor einer riesigen Herausforderung stehen:

Die Anhebung der europäischen Klimaziele von derzeit 80 Prozent bis 95 Prozent CO₂-Reduktion bis 2050 auf das Ziel weitgehender Klimaneutralität, ist keine quantitative sondern eine qualitative Veränderung von enormer Tragweite.

Wir dürfen nicht zulassen, dass durch die fortdauernde Corona-Pandemie und den irgendwann beginnenden Wahlkampf für die Bundestagswahl im September 2021 sowie die daran anschließende Regierungsbildung erneut unwiederbringlich wichtige Zeit verloren wird.

Deshalb schlage ich vor, dass wir noch vor Beginn des Bundestagswahlkampfes einen breiten parteiübergreifenden Konsens über die klimapolitischen Handlungsnotwendigkeiten herbeiführen. Daran sollten nicht nur die im Bundestag vertretenen Parteien, sondern auch weite Teile der Klimabewegung, der Wirtschaft und der Kirchen und Religionsgemeinschaften mitwirken.

Starke Wirtschaft als Garant erfolgreicher Klimapolitik

Allzu oft werden Klima und Wirtschaft in einen sachlich falschen und schädlichen Gegensatz gebracht. Viele Menschen, die von der Notwendigkeit des Klimaschutzes überzeugt sind, sehen in einer funktionierenden Wirtschaft eher ein Hindernis als eine Hilfe. Umgekehrt werden bei den Akteuren der Wirtschaft klimapolitische Maßnahmen oft nur unter dem Gesichtspunkt zusätzlicher Belastungen betrachtet. Beide Herangehensweisen behindern den notwendigen Fortschritt zur Erreichung der Klimaziele.

Eine grundlegende Wende in der Klimapolitik lässt sich nur mit einer starken und leistungsfähigen Volkswirtschaft in Deutschland umsetzen und weltweit zum Durchbruch bringen:

Ohne eine starke und weltweit wettbewerbsfähige Wirtschaft können wir unser Niveau an Bildung, Gesundheit, sozialer Sicherheit und Wohlstand nicht dauerhaft aufrechterhalten. Dies hätte – wie in anderen Ländern auch – schwerste soziale Konflikte und Verwerfungen zur Folge. Deutschland würde seine internationale Vorbildfunktion verlieren und damit zu einer Randfigur internationaler Politik werden. Damit würde unser Einfluss auf globale klimapolitische Entscheidungen marginalisiert.

Milliarden junge Menschen weltweit streben nach Wohlstand und Sicherheit, wie sie uns seit langem selbstverständlich geworden sind. Nur wenn wir ihnen Lösungen bieten, die Klimaschutz und Wohlstand nicht gegenseitig ausschließen, sondern beides zugleich ermöglichen, werden sie unsere klimapolitischen Maßnahmen ihrerseits übernehmen und umsetzen. Nur so können wir den Raubbau an Umwelt und Klima weltweit verlangsamen und stoppen.

Ohne eine starke und international erfolgreiche Wirtschaft würden uns auch die Mittel fehlen, um national und europäisch die notwendigen Transformationen zu stemmen. Die Umsetzung des Green Deals wird in den nächsten Jahren ungeheure finanzielle Mittel erfordern, die wir nur durch nachhaltiges Wachstum werden erzielen können.

Eine Schwächung unserer Wirtschaftskraft hätte darüber hinaus auch unmittelbare Folgen für den weltweiten CO₂-Ausstoß: Produkte (z.B. Stahl, Kupfer, Chemieprodukte), die in der EU hergestellt werden, emittieren deutlich weniger fossiles CO₂ als gleichartige Produkte, die in den meisten anderen Industrie- oder Schwellenländern hergestellt werden. Ein Verlust großer Teile unserer industriellen Wertschöpfung würde den CO₂-Ausstoß in Europa zwar senken, international aber deutlich erhöhen und damit dem Weltklima nachhaltig schaden.

Da wir unsere nationalen und europäischen Klimaziele nur erreichen können, wenn mittel- und langfristig auch alle Wirtschaftsbereiche klimaneutral werden, entstehen enorme Kosten für die notwendige Transformation:

Wir wissen heute, dass die Produktion von „grünem“ (d.h. klimaneutralem) Stahl oder Kupfer technisch möglich ist, ebenso wie z.B. „grüne“ Mobilität (durch grüne Kraftstoffe, Batterien oder Brennstoffzellen), aber einen großen finanziellen Aufwand erfordert.

Eine konsequente Politik zur Erreichung von Klimaneutralität erfordert somit eine ebenso konsequente Politik zur Stärkung der Wirtschaftskraft unseres Landes.

Hierzu gehören zunächst Verlässlichkeit und Berechenbarkeit im Hinblick auf die klimapolitischen Ziele. Deshalb dürfen wir den Blick nicht nur auf 2030 richten: Viele Investitionen, die im Bereich der Wirtschaft getätigt werden, amortisieren sich über Jahrzehnte. Forschung braucht ebenso Zeit, wie ihre Umsetzung in die Praxis. Deshalb ist ein umfassendes Konzept über die Schritte zur Erreichung von Klimaneutralität bis zum Jahre 2050 dringend erforderlich.

Dadurch können wir auch sicherstellen, dass die Belastung der jetzigen und der künftigen Generationen gleichmäßig erfolgt und somit für Alle zu bewältigen ist.

Je konsequenter und schneller die klimapolitische Transformation durch Politik und Gesellschaft vorangetrieben wird, desto mehr Unterstützung muss denjenigen Unternehmen zuteil werden, die bereit sind, diesen Weg mitzugehen.

Dabei soll die Hilfe zur Transformation in ihrer Höhe auch danach abgestuft sein, wie schnell die Transformation vorangetrieben und erreicht wird. Dadurch werden „early movers“ motiviert, ihre Anstrengungen zu beschleunigen, was unserer Klimapolitik insgesamt zu Gute kommen wird.

Eine Entlastung der Unternehmen, insbesondere des Mittelstandes ist in vielen Bereichen möglich, die nicht direkt mit Klimaschutz zusammenhängen, etwa bei Steuern, Abgaben und Bürokratie.

Die unterschiedlichen Branchen sollten daher die Möglichkeit erhalten, gemeinsam mit den staatlichen Stellen konkrete Transformationskonzepte zu entwickeln.

Die Durchführung der künftigen Klimapolitik soll, wo immer möglich, marktwirtschaftlich erfolgen: Dies erspart Kosten und beschleunigt die Transformation. Mit dem Europäischen Emissionshandel und der nationalen CO₂-Bepreisung stehen hervorragende Instrumente zur Verfügung, um CO₂-Reduzierung technologieneutral und effizient zu erreichen. Sie können durch weitere marktwirtschaftliche Instrumente, wie z. B. CO₂-Auktionen, wirksam ergänzt werden.

Klimapolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Damit Klimapolitik dauerhaft die erforderliche Priorität im staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Handeln erhält, ohne die ein Erreichen der notwendigen Ziele nicht möglich ist, darf die Entscheidung über klimapolitische Weichenstellungen nicht dauerhaft und allein vom Ausgang von Wahlen und Regierungsbildungen abhängig sein.

Deshalb sind ein grundlegender politischer Konsens und ein starker gesellschaftlicher Konsens gleichermaßen wichtig. Nur wenn sich klimapolitisch engagierte und überzeugte Bürgerinnen und Bürger aus unterschiedlichsten Bereichen zusammenfinden und für die Kontinuität des klimapolitischen Diskurses sorgen, wird ein Rückfall in alte Gewohnheiten dauerhaft zu vermeiden sein.

Klimapolitik als globale Aufgabe

Wir wissen nicht nur um die Dringlichkeit von mehr und schnellerem Klimaschutz, sondern auch darum, dass die Begrenzung der Erderwärmung nur gelingen kann, wenn viele andere Länder und Regionen unserem europäischen und deutschen Beispiel folgen. Wir wollen niemanden bevormunden oder belehren, aber wir müssen erreichen, dass das politische und gesellschaftliche Bewusstsein für die Größe der Herausforderung weltweit stark zunimmt. Und dass nachgewiesene und bestätigte Best Practices allgemein zugänglich werden.

Deshalb müssen wir erreichen, dass unsere Erfahrungen und Erfolge weltweit erfahrbar und nachvollziehbar werden. Die vorhandenen Strukturen leisten bereits jetzt hervorragende Arbeit, doch fehlt es nach wie vor an einer übergreifenden Konzeption zur weltweiten Transformation.

20 konkrete Vorschläge zur Stärkung von Klimaschutz und Wirtschaftskraft

1. Noch vor der Bundestagswahl soll partei- und fraktionsübergreifend eine „**Charta für Klimaneutralität und Wirtschaftskraft**“ von Bundestag und Bundesrat verbindlich beschlossen werden. Die Charta steht Ländern und Kommunen, aber auch gesellschaftlichen Organisationen und Unternehmen zum Beitritt offen. Sie ist ein historischer Kompromiss zwischen Klima und Wirtschaft.
2. Zur Erreichung von Generationengerechtigkeit wird in der Charta das Ziel der **Klimaneutralität bis spätestens 2050 festgeschrieben**. Die Minderungsziele bis 2050 werden schon jetzt in **konkrete Minderungsziele für jedes einzelne Jahr** zwischen 2022 und 2050 aufgeteilt und festgelegt. Dabei werden die anstehenden Beschlüsse der Europäischen Union zu den Treibhausgaszielen 2030 berücksichtigt und umgesetzt.
3. Das Erreichen der Klima- und Wirtschaftsziele wird als **vorrangige Aufgabe** festgelegt. Die Charta enthält hierzu eine „**Klima-Garantie**“ und eine „**Wirtschafts-Garantie**“. Diese verpflichtet die staatlichen Stellen, alle notwendigen und geeigneten Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele und zur Erhaltung der Wirtschaftskraft zügig zu ergreifen und umzusetzen. Dazu gehört das Prinzip, dass wettbewerblich relevante Belastungen der Wirtschaft durch Klimaschutz auszugleichen sind.
4. In der Charta wird festgelegt, dass ein bestimmter **Prozentsatz des Bruttoinlandsproduktes (BIP)** jedes Jahr für Klimaschutz und Wirtschaftsförderung zur Verfügung steht. Die Höhe des BIP-Anteils wird so festgelegt, dass das sichere Erreichen der Klimaziele ermöglicht und die vorrangige Bedeutung von Klima und Wirtschaft erkennbar wird.
5. Die **öffentlichen Einrichtungen** (Bund, Länder, Kommunen) werden durch die Charta verpflichtet, das Ziel der Klimaneutralität bereits bis 2035 sicher zu erreichen.
6. Es wird ein öffentliches **Scoreboard** eingerichtet, auf dem die tatsächlich erreichten Fortschritte beim Klimaschutz für jedermann einsichtbar und abrufbar sind. Dort wird auch dargestellt, welche Unternehmen oder Organisationen sich Selbstverpflichtungen beim Erreichen von Klimaschutz auferlegt haben. Sowie diejenigen Einrichtungen und Unternehmen genannt, die das Ziel der Treibhausgasneutralität bereits erreicht haben.
7. Es wird ein **marktwirtschaftliches Zertifizierungssystem** geschaffen, mit dem die Klimaneutralität einer Einrichtung zertifiziert werden kann, ohne dass zu hohe Kosten oder zu hoher Verwaltungsaufwand entstehen.
8. Branchen und Unternehmen, die dazu bereit sind, können sich in sogenannten „**Carbon Contracts for Difference**“ zu einem schnelleren Transformationsprozess verpflichten, als er durch die offiziellen Klimaziele vorgegeben ist. Grundsätzlich soll gelten, dass Unterstützungen und Investitionszuschüsse höher ausfallen, je schneller der Transformationsprozess bewältigt wird.
9. Zur Erreichung von Klimaneutralität benötigen Unternehmen und Wirtschaft enorme Mengen an Erneuerbarem Strom, Wärme und grünem Wasserstoff. Über einen „**Matching Mechanismus**“ wird sichergestellt, dass die erforderlichen Mengen zum festgelegten Transformationszeitpunkt effektiv verfügbar sind.

10. Das Erreichen der Klimaziele erfolgt **vorrangig durch marktwirtschaftliche Maßnahmen**. Hierzu werden der europäische **Emissionshandel** und die **nationale CO₂-Bepreisung** entsprechend reformiert.
11. Es soll geprüft werden, inwieweit ergänzend hierzu das marktwirtschaftliche Instrument von **CO₂-Auktionen** eingesetzt werden kann. Dabei können Unternehmen und andere Interessierte konkrete Gebote abgeben, zu welchem Preis sie eine bestimmte Menge CO₂ nachweisbar reduzieren können.
12. Das EEG wird umfassend reformiert und an die neuen Zielsetzungen der EU angepasst und schrittweise zu einem europäischen Instrument ausgestaltet, das die Stromtransformation in ganz Europa entscheidend voranbringen kann.
13. Die **EEG-Umlage** wird schrittweise weiter abgesenkt und langfristig verlässlich stabilisiert. Es wird sichergestellt, dass die **Sozialversicherungsbeiträge** langfristig nicht über 40 Prozent steigen.
14. Bis Anfang 2021 soll entschieden werden, auf welche Weise Nachteile für grüne CO₂-arme oder -neutrale Produkte auf dem Weltmarkt vermieden werden können. Hierzu werden die Vorteile von **Grenzausgleichsmechanismen** oder Ausgleichsabgaben geprüft und abgewogen.
15. Gemeinsam mit der Wirtschaft soll ein neues Label „Clean Products made in Germany“ kreiert und beworben werden.
16. Es wird eine parteiübergreifende bundesweite Stiftung „**Klima & Wirtschaft**“ eingerichtet, die auf allen Ebenen sicherstellt, dass die hohe Priorität der vorgesehenen Maßnahmen nicht gefährdet wird.
17. In Deutschland soll ein „**Haus der Energiewende**“ errichtet werden, das eine ganzheitliche Information über das Funktionieren der Energiewende für nationale und internationale Besucher ermöglicht.
18. Die Europäische Union soll eine **internationale Agentur „Climate global“** gründen mit dem Ziel, erfolgreiche Klimaschutzmaßnahmen weltweit bekannt zu machen und umzusetzen.
19. Beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie wird ein „**Klima- und Wirtschaftsrat**“ angesiedelt, der die Regierung bei Fragen der Transformation berät und eigene Vorschläge unterbreiten kann.
20. In Deutschland soll eine internationale „**Klima-Universität**“ entstehen, an der herausragende Forscher*innen und Lehrer*innen sowie Studenten*innen aus aller Welt zusammen arbeiten und lernen können.

